

Neueste Nachrichten.

Im preussischen Landtag injizierten die Kommunisten Standa-
tionen, weil während der Erörterung der Vorgänge vor dem
Berliner Rathhaus der Oberst der Schupo zwecks Erhaltung
einer Meldung an den Innenminister in den Sitzungssaal gekom-
men war. Das Vorgehen der Schupo wurde übrigens als korrekt
erkannt, weil die Bolschewisten zuerst angegriffen worden waren. Der
Proteststreik der Gemeindeglieder dürfte nicht lange dauern. Man
wird wohl dem „Vorwärts“ recht geben müssen, wenn er die ganze
Angelegenheit als eine unverantwortliche Geze der Kommunisten
bezeichnet.

Anlässlich der Unterrichtung der Führer der Reichstagsfraktionen
über den Stand der Konferenz von Genua gab Reichs-
finanzminister Hermes der Hoffnung Ausdruck, daß eine inter-
nationale Anleihe für Deutschland zustandekomme.

Die „Auseinandersetzungen“ zwischen England und Frankreich ze-
gen heute einen weniger scharfen Charakter als in den letzten Ta-
gen, sodaß man beinahe von einer Ueberbretung der Krisis spre-
chen kann. Die Pläne der Entente nehmen heute schon einen ge-
wissen konkreten Charakter an, dessen Tendenz in unserm gestrigen
Leitartikel dahin gekennzeichnet wurde: Englisches Doppelziel
und Einigung der Entente zum Schaden Deutschlands. Der fran-
zösische Ministerrat hat gestern beschlossen, den 10jährigen Burg-
frieden unter der Bedingung anzunehmen, daß Frankreich in dem
Verfallener Vertrag erworbenen Rechte ausdrücklich anerkannt und
garantiert (1) werden. Das heißt also, daß die Franzosen
sich alle „Rechte“, also auch das der Zwangsmassnahmen gegen-
über Deutschland vorbehalten, während Deutschland auf jede Mög-
lichkeit verzichten mußte, während dieser Zeit sich von den uner-
träglichen Friedensbedingungen zu befreien.

Wie die Entente übrigens ihr Verhältnis zu Deutschland auf-
faßt, das ersehen wir aus der anmaßenden Note der Re-
parationskommission, in der diese einmal ihrer Auf-
fassung dahin Ausdruck gibt, daß man das russisch-deutsche
Abkommen ihr hätte vor Abschluß zur Einsicht vorlegen müs-
sen, und weiterhin die Ansicht vertritt, daß in dem Ver-
trag Rechte der Entente aus den Versailles Bestimmungen
verletzt worden seien.

Der Ton dieser Note gibt uns wenig Hoffnung, daß die Un-
terredung zwischen Lloyd George und den deutschen Staats-
männern, bei welcher diese die erste finanzielle und politi-
sche Lage Deutschlands geschildert haben, viel praktischen Er-
folg haben wird. Denn die Parole der Alliierten wird nach
wie vor laute: Ausbeutung und Einschränkung Deutschlands
nach bester Möglichkeit.

Die Konferenz von Genua.

Eine Unterredung zwischen den Führern der deutschen Delegation und Lloyd George.

Berlin, 5. Mai. Die Blätter messen der gestrigen Unter-
redung zwischen dem Reichstanzler Dr. Wirth, dem Minister des
Aeußern Dr. Rathenau und Lloyd George eine große politische
Tragweite bei. An der Ansprache, die den Charakter einer
förmlichen Sitzung trug, nahmen auf englischer Seite noch Lord
Birkenhead, Sir Northington Evans und Sir Maurice Hanley
teil. Bei der Besprechung wurden alle Probleme berührt, die
bisher die Konferenz beschäftigt haben. Der Reichstanzler schil-
derte ausführlich in sehr ernsten Darlegungen die Situation
in Deutschland und äußerte im Zusammenhang damit die Ab-
sicht, nach Berlin zu reisen. Lloyd George bewog darauf in ein-
dringlicher Weise den Reichstanzler, die Abreise nach Berlin
aufzuschieben, was dieser, nach den Berichten der Blätter, auch
zugejagt haben soll. Es wurde schließlich verabredet, die Aus-
sprache in einigen Tagen unter Hinzuziehung des französischen
Delegierten Barthou nach dessen Rückkehr fortzusetzen. Im
Anschluß an die Besprechung mit der englischen Delegation
hatte Dr. Rathenau eine Unterredung mit dem italienischen
Minister des Aeußern Schanzer.

Der deutsche Reichsfinanzminister hofft auf eine internationale Anleihe.

Berlin, 5. Mai. Die „Börsliche Zeitung“ berichtet über die
Unterredung, die Reichsfinanzminister Dr. Hermes gestern
mit den Parteiführern hatte, daß Hermes auf das Zustandekommen
einer internationalen Anleihe hoffe.

Eine anmaßende Note der Reparationskommission wegen des deutsch-russischen Vertrags.

Paris, 4. Mai. Die Reparationskommission hat an die deutsche
Regierung eine Note gerichtet, in der es heißt: 1. Im Artikel 2
des Vertrags von Rapallo verzichtet die deutsche Regierung auf
alle Ansprüche bezüglich der Anwendung der Gesetze und Maßnah-
men der Sowjet-Republik, die die deutschen Reichsangehörigen, ihre
privaten Rechte, die Rechte des Reiches oder die der deutschen Länder
betreffen. Die Reparationskommission bemerkt dabei, daß die deut-
sche Regierung nicht auf Rechte verzichten kann, die dieser Regie-
rung auf die Reparationskommission gemäß des Artikels 260
des Vertrags von Versailles übertragen worden sind oder übertragen
werden müssen. Um jeden Zweifel in dieser Beziehung auszuschlie-
ßen, bittet die Reparationskommission die deutsche Regierung, ihr
dies zu bestätigen.

2. Der Verzicht in Artikel 2 scheint ebensowohl auf die Rechte des
Reiches und der deutschen Länder wie auf die der deutschen Reichs-
angehörigen Anwendung zu finden. Unter Bezugnahme auf Arti-
kel 248 des Vertrags von Versailles wünscht die Reparationskom-
mission, eine vollständige Angabe aller Rechte des Reiches und der
deutschen Länder zu erhalten, die den Gegenstand eines Verzichts
bilden könnten, sowie der Gründe, aus denen die Zustimmung der
Kommission nicht vorher eingeholt worden ist. Angesichts der Tat-
sache, daß der Vertrag abgeschlossen wurde, ohne daß die Ansicht
der Kommission vorher eingeholt worden ist (1), glaubt sich die
Kommission zu der Annahme berechtigt, daß für das Budget des
Reiches keine neue Belastung infolge des Vertrags geplant ist, sei
es beispielsweise durch Entschädigungen an deutsche Reichsangehö-
rige, sei es durch Garantien oder Subventionen, deren Gewährung
zum Zwecke der Beteiligung am Wiederaufbau Russlands in Aus-
sicht genommen ist. Die Kommission wäre für ausdrückliche Ver-
sicherungen über diesen Punkt dankbar.

3. Bei voller Anerkennung der Anstrengungen, die die deutsche
Regierung zur Mitwirkung am wirtschaftlichen Wiederaufbau Rus-
lands und zur Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwi-
schen Russland und Deutschland zu machen beabsichtigt, behält sich
die Kommission das Recht vor, von Zeit zu Zeit die Wirkungen
zu prüfen, die sich aus der Durchführung des Vertrags von Rapallo
ergeben und alle Maßnahmen zu treffen, die die Verhältnisse wün-
schenswert erscheinen lassen sollten, um ihre Vorrechte und die Inter-
essen der genannten Mächte zu schützen. Es wird ausdrücklich darauf
hingewiesen, daß die Kommission in dem gegenwärtigen Schreiben
sich auf die Behandlung der Fragen praktischer Art beschränkt hat,
die unmittelbar zu ihrer Zuständigkeit gehören. Ueber diese Zustän-
digkeit würde es offenbar hinausgehen, sich mit besonderen Fragen
zu beschäftigen, die die außerhalb der Kompetenz der Kommission
liegenden Bestimmungen des Vertrags von Versailles betreffen, so-
wie mit allgemeinen Fragen, die sich aus dem Wortlaut des Vertrags
von Rapallo oder aus den Umständen ergeben, unter denen er ab-
geschlossen worden ist.

Zur Haltung Frankreichs.

Paris, 5. Mai. Die Minister und Staatssekretäre traten nach-
mittags zu einem neuen Ministerrat unter dem Vorsitz Poincarés
zusammen. Der Ministerrat nahm Kenntnis von den letzten Tele-
grammen aus Genua. Er prüfte die Haltung, die die französische
Abordnung in Genua einnehmen soll und beschloß, die mit Belgien
gleichlaufende Haltung betreffend die Denkschrift an die russische Ab-
ordnung, sowie die heute vormittags von der französischen Regierung
eingenommene Haltung betreffend den Garantievertrag weiterhin be-
zubehalten.

Paris, 5. Mai. Nach einer Havasmeldung waren die Ansichten
des heute zusammengetretenen Kammerausschusses für auswärtige
Angelegenheiten im allgemeinen der in Genua von der französischen
Abordnung befolgten Politik günstig. Die Mehrheit schloß sich dem
vom Kabinettsrat gestellten Barthou bewiesenen Vertrauen an. Die
Haltung der französischen Regierung betreffend das Zusammen-
gehen mit Belgien in der Denkschrift an die Sowjet-Abordnung
wurde genehmigt. Der Ausschuss war der Ansicht, daß es nicht an-
gebracht sei, den Obersten Rat vor dem 31. Mai einzuberufen. Der
Antrag über den Angriffsverzicht konnte nicht besprochen werden,
da genaue Meldungen hierüber noch fehlen. Es hat sich jedoch kein
grundfälliger Widerstand geltend gemacht.

Paris, 4. Mai. Ueber den heutigen Kabinettsrat wurde folgende
offizielle Mitteilung veröffentlicht. Der Kabinettsrat ist heute vor-
mittags 10 Uhr unter dem Vorsitz von Poincaré im Ministerium für
auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten. Er hat den in Ge-
nuia ausgearbeiteten Entwurf des Schutzabkommens geprüft und be-
schlossen, ihm beizutreten unter dem Vorbehalt, daß die von Frank-
reich durch den Versailler Vertrag erworbenen Rechte darin ausdrück-
lich anerkannt und garantiert werden. Einige weitere Abänderungen
in Einzelheiten werden ebenfalls vorgeschlagen werden. — Die Mi-

nister treten heute nachmittags 1/6 Uhr von neuem zusammen, um
von den letzten aus Genua eingetroffenen Telegrammen Kenntnis zu
nehmen. — Die Abreise Barthous ist für morgen vormittags 11.30
Uhr vorgesehen.

Paris, 4. Mai. Ueber die heute vormittags stattgefundene Ka-
binettssitzung verbreitet Havas eine halbamtliche Note, in der gesagt
wird, der Kabinettsrat habe einstimmig den Abschluß eines Paktes,
der den gegenseitigen Nichtangriff der Staaten sicher stelle, angenom-
men unter der Bedingung, daß Russland dem zustimme. Das ganze
Interesse des neuen diplomatischen Aktes bestehe tatsächlich darin,
daß Russland sich verpflichten werde, seine Nachbarn nicht anzugrei-
fen und daß das für 10 Jahre als endgültig angesehen werde, was
als territoriales Regime durch den Friedensvertrag von Versailles
festgelegt sei, an dem Russland nicht teilgenommen habe. Deutschland
sei demgegenüber verpflichtet, die festgesetzten Grenzen zu respektieren.
Der Pakt dürfe dem Recht auf Sanktionen, das die Alliierten aus dem
Friedensvertrag von Versailles herleiten, für den Fall daß Deutsch-
land sich einer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen schuldig mache,
nicht Abbruch tun. Es müßten ferner die großen internationalen
Verpflichtungen erfüllt werden, durch die die Habsburger und Hohenz-
ollern vom Thron entfernt worden seien, auch die Abkommen von
Macht zu Macht, beispielsweise das französisch-belgische Abkommen
oder das Abkommen, das die kleine Entente bindet. Es dürften
keine Entwaffnungsmaßnahmen (1) aufgezwungen werden als die,
die Artikel 8 des Völkerbundsstatuts vorsieht. In besonderer Weise
müsse übrigens der neue Vertrag die Verpflichtungen erfüllen, die Arti-
kel 10 des Völkerbundsstatuts vorsehe, indem er gegebenenfalls die
Mächte, die wie Deutschland und Russland noch nicht dem Völker-
bund angehören, verpflichte (1).

Englische Stimmen zu den Auseinandersetzungen mit Frankreich.

London, 5. Mai. Die Meldung, daß Frankreich beschlossen habe,
in der Forderung gegenüber den Russen sich in Genua auf die Seite
Belgiens zu stellen, findet große Beachtung. „Ball Ball and
Globe“ schreibt, wenn Poincaré das gesamte Werk der Genuefer
Konferenz zu zerstören wünsche, so sei dies eine dramatische Ge-
legenheit, um den Dolch zu zücken. Die Welt aber werde weiterstreiten,
auch wenn Frankreich die Konvention verlege. — „Star“ berich-
tet, der Bruch zwischen den Alliierten erweiter sich. Die Genuefer
Konferenz stehe von neuem der Gefahr eines Abbruchs gegenüber.
Frankreich habe durch seinen Beschluß, den belgischen Einwand gegen
die an Russland gerichtete Note zu unterstützen, die Alliierten in
zwei Lager geteilt und eine gemeinsame Aktion in dieser Frage schein-
bar unmöglich gemacht. — Man darf diese englischen Kommentare nicht so
ernst nehmen.

Ein französisches Dementi.

Paris, 4. Mai. Wie Havas mitteilt, wird in französischen
offiziellen Kreisen kategorisch die aus Genua einem englischen
Blatt mitgeteilte Nachricht dementiert, wonach die Jahresklas-
sen 1918 und 1919 für Reparationen im Ruhrgebiet, falls Deutsch-
land am 31. Mai seine Verpflichtungen nicht erfüllt, mobilisiert
werden sollen.

Tschitscherins Abneigung vor dem Völkerbund.

Genua, 3. Mai. Besondere Aufmerksamkeit erregte in der
heutigen Rede Tschitscherins in der Vollversammlung der Kon-
ferenz die Tatsache, daß er zweimal in entschiedener Weise ge-
gen den Völkerbund Stellung nahm und ein Zusammenarbeiten
mit ihm ablehnte. Man bringt diese Erklärung allgemein
in Zusammenhang mit den Gerüchten, die in letzter Zeit hier
über einen etwaigen Beitritt Russlands zum Völkerbund ver-
breitet wurden. Tschitscherin erklärte, daß er formelle Vor-
behalte zu den Kommissionsbeschlüssen machen müsse. Er lagte
dabei wörtlich: Insbesondere erklärt die russische Delegation,
daß Russland sich volle und ganze Aktionsfreiheit gegenüber
den Beschlüssen vorbehalte, die irgend ein Band zwischen der
Finanzkommission und dem Völkerbund sowie seinen Organen
sicherstellen. Am Schluß seiner Rede lagte er: Ich muß hin-
zufügen, daß die russische Regierung dadurch in eine schwierige
Lage geraten ist, daß die genauere Prüfung und die Ausführung
gewisser Kommissionsbeschlüsse den technischen Organen
des Völkerbundes anvertraut ist, dem Russland nicht angehört
und den es nicht anerkennt. Nur mit diesem Vorbehalt nimmt
Russland den Beschlüssen der zweiten Kommission zu und macht
dieselben Vorbehalte für die vierte Kommission.

Bestimmteste Auffassung über die Aufnahme des Memorandums an die Russen.

London, 5. Mai. Reuters Sonderberichterstatter meldet aus
Genua, es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß auch bei eini-
gen mitteleuropäischen Staaten die Meinung vorwiege, daß
die Sowjetvertreter die Bedingungen der Mächte nicht anneh-
men werden.

Kleine politische Nachrichten.

Berringerung der englischen Besatzung im Rheinland.

Berlin, 5. Mai. Nach einer Korrespondenzmeldung soll nach dem „Kölnanzeiger“, vom 1. Juni ab die Stärke der englischen Besatzungstruppen nur noch 2 Infanteriebataillone und zwei Kraftflugbatterien betragen.

Umbau der Hohkönigsburg zum französischen Nationaldenkmal!

Berlin, 5. Mai. Nach Straßburger Meldungen soll, wie der „Kölnanzeiger“ meldet, die wieder aufgebaute Hohkönigsburg zum französischen Nationaldenkmal zur Erinnerung an die Wiedergewinnung Elzass-Lothringens umgestaltet werden.

Die Erzherzogin Zita auf der Reise nach Madrid.

Madrid, 3. Mai. Aus Lissabon hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ist die Erzherzogin Zita auf der Durchreise nach Madrid dort eingetroffen.

Die spanisch-marokkanischen Kämpfe.

Madrid, 3. Mai. Bei den letzten Operationen in Marokko soll es im Tetuan-Gebiet 50 Tote und 250 Verwundete gegeben haben. Der Kampf war anscheinend schwer. Die Fortsetzung der Operationen verzögerte sich infolge schlechten Wetters.

Aus der Bevölkerungsstatistik Frankreichs.

Das französische Volk zählt zurzeit 11 696 000 Familien. Davon haben 1 830 000 Familien keine Kinder, 3 268 000 nur ein Kind, 2 877 000 zwei Kinder und 1 643 000 drei Kinder. Nur 2 176 000 Familien haben nach der Köln. Volkszeitung mehr als drei Kinder.

Deutschland.

Der Reichsfinanzminister über den Stand der Reichsfinanzverwaltung.

Berlin, 3. Mai. Im Hauptauschuß des Reichstags gab bei der Gelegenheit der Beratung seines Etats der Reichsfinanzminister Dr. Hermes ausführliche Darstellung der Entwicklung und des Standes der Reichsfinanzverwaltung. Insbesondere ging der Reichsfinanzminister auf den Haushaltsvoranschlag für 1923 ein und subfinanzierte die Gesamteinnahmen der Steuerverwaltung auf rund 68 Milliarden und die Gesamteinnahmen der Zollverwaltung auf rund 39 Milliarden, also zusammen 107 Milliarden. Diesen Einnahmen stehen Verwaltungsausgaben bei der Steuerverwaltung von rund 2 1/2 Milliarden und bei der Zollverwaltung von rund 1 1/2 Milliarden, also zusammen rund 4 Milliarden gegenüber. Da die gesamten Verwaltungskosten nur etwa 3,8 Proz. der Gesamteinnahmen betragen, sei die Organisation durchaus rationell und sparsam aufgebaut. Aber auch weiterhin werde die Reichsfinanzverwaltung den Abbau der noch sehr zahlreichen Angestelltenmasse betreiben, wobei natürlich auch die Interessen der Angestellten gewahrt bleiben und plötzliche Entlassungen vermieden werden sollen.

Beamtenfragen im Reichstag.

Berlin, 4. Mai. Im Beamtenauschuß des Reichstages gab Ministerialdirektor von Schlieben eine Erklärung über den Stand der Besoldungsfrage ab. Im Februar bei Aufstellung des letzten Entwurfs zur Änderung der Besoldungsordnung habe die Reichsindexziffer 1989 betragen. Bei Verabschiedung der Vorlage im März sei sie auf 2302 gestiegen und das Ergebnis für April dürfe eine Indexziffer von 2800 ergeben. Diese Preissteigerung zwingt zu schneller Erhöhung der Beamtenbezüge. Bedauerlicherweise sei eine Einigung mit den Spitzenorganisationen nicht zu erreichen gewesen.

Berlin, 4. Mai. Im Hauptauschuß des Reichstags wurde eine Entschließung des Abgeordneten von Guertel (Zentr.) angenommen, worin die Regierung aufgefordert wird, eine Denkschrift vorzuschlagen, aus der die Wirkung des achtstündigen Arbeitstages hinsichtlich der Zahl der notwendigen Beamten und der entstehenden Kosten ersichtlich sei.

Mitglied des Braunschweigischen Kabinetts.

Braunschweig, 4. Mai. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde in der fortgesetzten Beratung des Beschlusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ein Antrag Kaiser (Landeswahlverband), der Landtag möge beschließen: Das Staatsministerium besitz das Vertrauen des Landtags, in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Hierauf zog sich der Vorkommensauschuß zur Beratung zurück. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde die erste Lesung des Etats ohne Aussprache angenommen und der Etat dem Finanzausschuß überwiesen. Darauf erklärte Minister Antrik, daß er und seine Kollegen die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterführen würde. Hierauf verlagte der Präsident den Landtag bis auf weiteres.

Der Prozeß Fehrenbach.

München, 3. Mai. Bei Beginn der heutigen Verhandlungen im Fehrenbachprozeß wurde Dr. Timme noch einmal befragt. Er erklärte, daran festhalten zu müssen, daß eine Fälschung vorliege. Er könne seine Auffassung über das Verhalten Eisners eventuell ändern, wenn es dem Kläger gelingen würde, den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit gegenüber Eisner in seinem Verhältnis zu Clemenceau zu entkräften und wenn es gelingen würde, die Auffassung zu bekräftigen, daß Eisner als ehrlicher Mensch seine Auffassung in der Schuldfrage einer Revision unterzogen habe. Der nächste Sachverständige, Lepsius, führte aus, daß der Politik der Vorwurf der doppelten Buchführung keineswegs gemacht werden könne. Der Sachverständige kommt ebenfalls zur Feststellung, daß bei der Eisnerschen Veröffentlichung eine Fälschung unterlaufen sei. Es wird darauf Ministerialdirektor Dr. Müller als Zeuge vernommen. Er gibt an, in einem Aktenstück sei eine Abschrift des Schönshen Briefes gefunden worden, die den Vermerk trage, daß sie in Berlin gefertigt und in der Wohnung Eisners gefunden worden sei. Die Unterschrift lautet: gez. Schön. Darauf nimmt nachmals Rechtsanwalt Dr. Löwenfeld das Wort, um im Hinblick auf die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ festzustellen, daß weder

er noch sein Mandant noch ihnen politisch nahestehende Kreise an der Veröffentlichung im „Temps“ mitgewirkt hätten. Das Gericht trat dann in die Verlesung der verschiedenen Gutachten und Dokumente ein.

München, 4. Mai. Gestern nachmittag nahm Rechtsanwalt Dr. Löwenfeld das Wort zu einem mehrstündigen Plaidoyer, worin er hervorhob, daß es heute keine Partei unter den Kriegführenden des Weltkrieges mehr gebe, die nicht den Krieg von 1914 als einen verbrecherischen und mörderischen Wahnsinn bezeichne und es sei daher selbstverständlich, daß die Frage, wer diese wahnsinnigste aller Weltunternehmungen verschuldet habe, die Völkerbewege. Von der Frage nach der Kriegsschuld höre man erst seit dem Versailler Vertrag. Diese Frage müsse auch der Ausgangspunkt der Revision des Friedensvertrags sein. In den verschiedenen Ländern stelle sich der Kriegsgrund jeweils anders dar. Es müsse aber der Komplex aller Tatsachen betrachtet werden. In Deutschland habe es leider an der Möglichkeit, die Tatsachen kennen zu lernen, stark gefehlt. Die Aktenpublikationen seien keineswegs Allgemeingut der Öffentlichkeit. Hier liege auch die Hauptquelle des Krieges, aber nicht in Deutschland allein.

München, 4. Mai. Im weiteren Verlauf seines Plaidoyers führte der Verteidiger Graf Pestalozza weiter aus, ohne die Mitwirkung von unanfechtbaren Sachverständigen wäre man nie in der Lage gewesen, den Prozeß so zu führen, wie er geführt werden konnte. Seine Partei habe alles getan, um eine sachliche Klärung herbeizuführen. Aber sie habe jede Taktik beiseite gelassen. Die Publikation von Eisner sei als offizielle Regierungsveröffentlichung verbreitet und von den Feinden als Schuldbeweise verwertet worden. In der Frage der Fälschung falle es auf, daß Rechtsanwalt Löwenfeld das Telephonat des Grafen Lecherfeld in keiner Hinsicht berührt habe. Für beide Fälschungen könne nur eine beabsichtigte und bewußte Fälschung angenommen werden. Hinsichtlich der Person des Privatklägers vertritt Graf Pestalozza den Standpunkt, daß Fehrenbach als Mittäter oder als Gehilfe an der Fälschung in Betracht komme. Dem Beklagten habe der Vorwurf, Fehrenbach zu beleidigen, vollständig gefehlt. — Rechtsanwalt Dr. Warmuth stellt an die Spitze seines Plaidoyers den Satz: Jeder Deutsche, der heute noch die Fiktion von Deutschlands Alleinschuld am Kriege aufrecht erhalte, stelle sich außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft. Einer herben Kritik unterzog er dann eine Reihe von Persönlichkeiten, die im Laufe des Prozesses besonders hervorgetreten sind, wie Prof. Förster, Dr. Müller u. a. m. Er betonte, daß die von der Gegenwart erwartete Sensation auf Grund eines nicht vorhandenen Gefandtschaftsberichtes in das Wasser gefallen sei infolge der Bekundungen des Staatsrats von Böhl. Die bayerische Regierung habe diesen Zeugen von der Wahrung des Dienstgeheimnisses entbunden und damit gezeigt, daß sie keine Veranlassung habe, irgend etwas zu verdunkeln. Im übrigen kam Rechtsanwalt Warmuth zu den gleichen Ergebnissen wie Rechtsanwalt Pestalozza.

Flugpost nach Rußland.

Vom 1. Mai an wird ein zweimal wöchentlich Flugdienst Königsberg (Pr.)—Smolensk—Moskau (Deutsch-Russische Luftverkehrsgesellschaft Berlin) eingerichtet und zur Flugpostbeförderung benutzt. Erster Abflug von Königsberg (Pr.) Montag, 1. Mai 9 Uhr vormittags, an Smolensk 4.15, an Moskau 7.45 abends, dann jeden Donnerstag und Sonntag nach diesem Flugplan; zurück ab Moskau Mittwoch und Sonntag 6.30 vormittags, ab Smolensk 10 Uhr vormittags, an Königsberg (Pr.) 3.15. Die Flugzeiten für Smolensk und Moskau sind in osteuropäischer Zeit angegeben. Anschluß von Berlin an die Flugpost nach Moskau am Tage vor dem Abflug in Königsberg (Pr.) durch D-Zug, ab Schles. Bahnhof 9.10 Uhr abends. Ankunft der russischen Post in Berlin Donnerstag und Montag mit D-Zug an Schles. Bahnhof 6.55 vormittags. Zeitgewinn gegenüber gewöhnlicher Postbeförderung ungefähr 4 Tage. Die Flugpost befördert nur gewöhnliche und eingeschriebene Briefe und Postkarten für ganz Rußland. Die Flugpostsendungen müssen wie im inneren Verkehr deutlich als solche gekennzeichnet sein, am besten mit den grünen Klebezetteln „Mit Luftpost“. Als Flugzuschläge werden für Postkarten sowie für je 20 Gr. der Briefe 8 M neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren erhoben. Eine Flugpostkarte nach Rußland kostet also 2 M 40 Pfg. + 8 M, ein Brief bis 20 Gr. 4 + 8 M. Hierzu tritt bei Einschreibsendungen die Einschreibgebühr.

Die Vorgänge vor und in dem Berliner Rathaus.

Berlin, 3. Mai. Ueber die gestrigen Vorgänge im Rathaus ist vom Polizeipräsidenten eine Untersuchung eingeleitet worden. Darnach ist der Anlaß zum Waffengebrauch durch Angriffe aus der Menge auf einzelne Polizeibeamte gegeben worden. Auch berittene Beamte wurden teilweise angegriffen. Der Gebrauch der blanken Waffe erfolgte instruktionsgemäß zur Vermeidung der Anwendung der gefährlicheren Schusswaffe und vollzog sich in schonendster Weise. Hierfür bieten die entstandenen Verletzungen den besten Beweis. Gegenüber den Behauptungen von 2 Toten und 25 Schwerverletzten sei festzustellen, daß von den gestern auf den Rettungstationen behandelten 10 verletzten Personen lediglich 2 Demonstranten in Krankenhäuser gebracht werden mußten. Einer davon wurde bereits nach seiner Wohnung entlassen. Eine Bauchverletzung ist nirgends vorgekommen, auch sind Tote nicht zu beklagen. Der Polizeipräsident, der auf eine reißlose Klärung der Vorgänge den größten Wert legt, hat heute Vormittag bereits eine Abordnung der Gewerkschaften empfangen. — Laut „B. Z.“ wird in den Kreisen der Stadtverordneten die Schaffung einer Pannelei erörtert, sobald jede Demonstration in unmittelbarer Nähe der städtischen Gebäude verboten ist. Die Obleute der städt. Betriebe berieten heute über die Demonstrationsvorgänge. Die Versuche einiger Kommunisten, das Einschreiten der Polizei mit einem kurzen Proteststreik zu beantworten, stießen auf entschiedenen Widerpruch.

Berlin, 4. Mai. Zu den Vorgängen vor dem Berliner Rathaus am 2. Mai erklärte Minister Severing, daß nach amtlicher

Feststellung ein Hauptmann und 62 Mann, ein Leutnant und 12 Berittene das ganze Aufgebot gebildet hätten. Zum Gebrauch der Waffe sei es nicht auf Kommando eines Offiziers gekommen, sondern erst als ein Unterbeamter angegriffen worden sei, was seine Kameraden als Signal angesehen hätten. Dem guten Zureden der Polizei wäre es ebenso wenig gelungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten wie den Ordnern. Er werde nicht das Versammlungs- und Demonstrationsrecht der städtischen und anderen Arbeiter beschränken, aber diese Freiheit dürfe nicht auf Kosten derer gehen, die zur parlamentarischen Vertretung der Bevölkerung berufen seien. Er werde mit den Gewerkschaften verhandeln, um mit ihrer Hilfe weitere Zusammenstöße zu verhindern. — Die Weiterberatung findet am Freitag statt.

Berlin, 5. Mai. Laut „Berliner Tageblatt“ erklärte der preussische Minister des Innern, Severing, in einer Unterredung, er sei der Auffassung, daß die Schutzpolizei vor dem Rathaus ihre Pflicht getan habe und ihre Stellung im allgemeinen die richtige gewesen sei.

Berlin, 5. Mai. Laut Abendblätter scheint keine Gefahr vorhanden zu sein, daß sich der Streik der städtischen Arbeiter über den heutigen Tag ausdehnen wird. Eine Sonderprüfung des Magistrats ist nicht einberufen worden. Gestagt wird über Schäden in der Privatindustrie und Mißstände in den Krankenhäusern. Nach einer Meldung der „Roten Fahne“ haben die Belegschaften der A.G. in Oberschöneweide und der A.G. in Oberpree, sowie andere größerer Betriebe sich dem Proteststreik angeschlossen. Der „Vorwärts“ bezeichnet die Aktion der Kommunisten, die auf einen Generalfreist hinausziele, als gewissenlose Treiberei.

Der preussische Landtag und die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus.

Berlin, 4. Mai. Bei Wiedereröffnung der Landtagsitzung erklärte Präsident Leinert, ihm sei bekannt, daß in der Umgebung des Hauses Schupo angezündet sei. Außerhalb des Hauses aber habe er nicht die Möglichkeit, gegen die Polizei etwas zu unternehmen. Er habe Anweisung gegeben, daß kein Schupoarbeiter in das Haus gelassen werde. Der Zwischenfall im Hause stelle alles in Schatten, was bisher im Landtag vorgekommen sei. (Lärm bei den Kommunisten). Angesichts der Vorgänge, die sich unter Führung der Abgeordneten Paul Hoffmann und Schulz (Neu-Kölln) abspielten, könne er nur an alle Abgeordneten die Bitte richten, ihrerseits das zu tun, was die Ordnung des Hauses von ihnen verlange. (Weisfall bei der Mehrheit.) Wenn das nicht geschehe, müsse er von allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln den strengsten Gebrauch machen. (Weisfall bei der Mehrheit, Lärm bei den Kommunisten). Hierauf trat das Haus in die Beratung der Interpellationen betreffend die Vorgänge vor dem Berliner Rathaus ein.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. Mai 1922.

Das Ergebnis der Mittelstandsnothilfe.

Das Ergebnis der Mittelstandsnothilfeaktion im ganzen Land betrug an Geld 2 293 106 M, an Naturalien 1 518 405 M. Wenn man den Ertrag der Lebensmittelsammlung für wirtschaftlich Schwache (Kartoffelhilfe) hinzu nimmt, so ergibt sich als Gesamtergebnis die Summe von 14 967 154 M. Das schöne Ergebnis wird in allen Blättern der Zentralleitung für Wohltätigkeit hauptsächlich auf die tatkräftige Unterstützung von Industrie und Handel zurückgeführt. Dennoch muß die Sammlung im Verhältnis zu der großen Not, die im Mittelstand herrscht, als unzureichend bezeichnet werden. Immerhin konnte manchem armen Volksgenossen seine Lage etwas erleichtert werden. Bis zum 15. April wurden an 16 261 Personen in ganz Württemberg über viereinhalb Millionen Mark verteilt, außerdem Lebensmittel im Wert von über eineinhalb Millionen Mark zu ermäßigten Preisen bezw. unentgeltlich abgegeben. Der Wert der Kartoffelhilfe im Herbst, wozu auch das geschenkte Getreide gehört, berechnet sich auf 5 155 642 M. Die Not des Mittelstands ist aber vielfach so dringlich und droht täglich größer zu werden, weshalb die Mittelstandsnothilfe fortgesetzt und ausgebaut werden soll. An alle Kreise des Volkes wird deshalb die Bitte um weitere ansehnliche Beiträge gerichtet.

Stand der Tierseuchen in Württemberg.

Nach der halbmonatlichen Zusammenstellung des Stat. Landesamts herrscht nach dem Stand vom 30. April die Maul- und Klauenseuche in insgesamt 36 Oberämtern. Sie verteilt sich auf 94 Gemeinden und 131 Gehöfte (am 15. April: 101 und 187). Neu hinzugekommen sind 33 Gemeinden, 36 Gehöfte. Die Pferde- und Rinderpest ist in 9 Oberämtern mit 10 Gemeinden, die Schaf- und Lämmerpest in 18 Oberämtern mit 42 Gehöften verbreitet, während die Reptilienpest der Pferde in 17 Oberämtern mit 28 Gemeinden und 34 Gehöften und die ansteckende Blutarmler der Pferde in 12 Oberämtern mit 18 Gemeinden und 18 Gehöften aufgetreten sind. Außerdem sind aufgetreten: Rauschbrand in 4 Gemeinden und 4 Gehöften des Oberamts Gerabronn, Röh in 1 Gemeinde des Oberamts Leutkirch, Milzbrand in je 1 Gehöft der Oberämter Marbach und Münsingen, Bläsenausschlag des Rindviehs in 3 Oberämtern mit 5 Gemeinden, 15 Gehöften und Schweinepeste und Schweinepest in 4 Oberämtern mit 4 Gemeinden und 4 Gehöften.

Zum Metallarbeiterstreik.

(SGB) Friedrichshafen, 4. Mai. Die Arbeiterchaft hat das Anerbieten der Großbetriebe zur Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt, solange die Organisationen eine Einigung nicht erzielt haben.

(SGB) Stuttgart, 4. Mai. In einer Demonstrationssammlung der Metallarbeiter auf dem Schloßplatz wurde eine Entschließung gegen den Vergleichsvorschlag des Oberbürgermeisters Lautenschlager angenommen, weil er eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Unternehmer enthalte und die sofortige Zurücknahme dieses Vorschlags in aller Öffentlichkeit

gefordert. Streikenden den Vorfall und Maßnahmen (SGB) den letzten Metallarbeiter der dortige Donnerstag 48-Stundenband hatte ter dirigier Ortsgruppe haben sich schluß g Dr. Lauten gen der A

Sirjan, töniges Krieg die nur noch ei wie bei lei ihr Heimwe mit kläglic kranke, als im Stahlm ab, künstl und n monisthem der aufzuleb Stahlgel getroffen. man sich hie trauten, lan werden die melodiöse Ohr berühre Wie Die (SGB) beiben Schw ster Gottlieb wechel, in d ligen Sohn brachte. Als Streeb einen sofortigen Lo des Streits gekiebert. (SGB) radhändler seht war, w motive des die Einfahrts ionen wurden davon. Der konnte nicht Lastwagen er

Die Mini April ds. Is. Hermes sta Aussprache fo schen Reich, 1 Der, Z und politische

Die Mini April ds. Is. Hermes sta Aussprache fo schen Reich, 1 Der, Z und politische

Die Mini April ds. Is. Hermes sta Aussprache fo schen Reich, 1 Der, Z und politische

Die Mini April ds. Is. Hermes sta Aussprache fo schen Reich, 1 Der, Z und politische

Die Mini April ds. Is. Hermes sta Aussprache fo schen Reich, 1 Der, Z und politische

Die Mini April ds. Is. Hermes sta Aussprache fo schen Reich, 1 Der, Z und politische

Die Mini April ds. Is. Hermes sta Aussprache fo schen Reich, 1 Der, Z und politische

Leutnant und
zum Ges
Offiziers
gegriffen wor
sehen hätten.
wenig gelun
Ordnern. Er
ionsrecht der
diese Freiheit
amentarischen
erde mit den
weitere Zu
ng findet am
te der preußi
nterredung, er
Rathaus ihre
die richtige
keine Gefahr
den Arbeiter
Sonderföhrung
bestlagt wird
ände in den
oten Fahne“
eide und der
iebe sich dem
ghnet die M
hinausziele,
ergänge
agsführung er
der Umgebung
Hauses aber
das zu unter
pobeanter in
se stelle alles
Kärm bei
nter Föhrung
öhm) abspiel
en, ihrerseits
nen verlange
müsse er von
Gebrauch ma
nisten). Hier
nen betreffend
at 1922.
hilfe.
im ganzen
518 405 M.
für wirt
so ergibt sich
Das schöne
g für Wohlst
ung von In
e Sammlung
and herrscht,
nte manchem
werden. Bis
Württemberg
dem Lebens
Markt zu er
Der Wert
nkte Getreide
s Mittelstans
ch größer zu
ort und aus
deshalb die
berg.
s Stat. Lan
e Maul- und
erteilt sich auf
01 und 187).
Die Pferde
e Scharfröde
während die
8 Gemeinden
er Pferde in
a aufgetreten
4 Gemeinden
1 Gemeinde
ft der Ober
g des Kind
behörden und
n mit 4 Ge
chaft hat das
e der Arbeit
ung nicht er
strationsver
wurde eine
Oberbürger
eine einseitige
alte und die
Deffentlichkeit

gefordert. In einer weiteren Entschloßung beauftragten die Streikenden, deren Wortführer der Kommunist Krauß war, den Vorstand, den Kampf in verschärfter Form weiterzuführen und Maßnahmen für die Verbreiterung des Kampfes zu treffen. (SCB) Stuttgart, 4. Mai. In Ludwigsburg haben in den letzten Tagen scharfe Auseinandersetzungen innerhalb des Metallarbeiterverbandes stattgefunden, worauf die Belegschaften der dortigen Metallwarenfabriken den Beschluß gefaßt haben, Donnerstag, den 4. Mai die Arbeit unter Anerkennung der 48-Stundenwoche wieder aufzunehmen. Die Arbeiter erschienen heute auch vollzählig zur Arbeit. Der Metallarbeiterverband hatte vor jede Fabrik einige hundert auswärtige Arbeiter dirigiert, die das Betreten der Fabrik verhinderten. — Die Ortsgruppen Aalen, Ravensburg und Friedrichshafen des christlichen Metallarbeiterverbandes haben den Beschluß gefaßt, den Vergleichsvorschlag des Oberbürgermeisters Dr. Lautenschlager anzunehmen, da sie ein Weiterstreiken wegen der Arbeitszeitfrage für unverantwortlich halten.

Hirau, 4. Mai. Auch wir werden bald wieder ein volltöniges Geläute haben. Nachdem im Jahre 1917 der Krieg die beiden größeren Glocken hinweggerafft hatte, war nur noch eine kleine Glocke übrig geblieben, die bei freudigen wie bei leidigen Ereignissen, an Festtagen wie an Sonntagen ihr Heimweh nach den von ihrer Seite gerissenen Gespielinnen mit kläglichem Stimmklang gab. Da jedoch die Heimwehkranken, als eine Geborene von Bronze nicht wußte, daß auch im Stahlmantel ein weiches Herz schlagen könne, lehnte sie es ab, künftig in Gesellschaft von Stahlgeborenen Dienst zu leisten und will nun nach Altburg auswandern, um dort in harmonischem Zusammensein mit zwei Schwestern von Bronze wieder aufzuleben. Im Hirauer Glodenstuhl aber werden sich drei Stahlglocken niederlassen. Die Vorbereitungen sind schon getroffen. Arm und reich haben das ihrige getan. So wird man sich hier, vielleicht schon im kommenden Sommer, an dem trauten, lange vermischten Dreiklang wieder erbauen. Dann werden die Stählernen hierunter mit den Bronzernen dort oben melodische Nachbargeläute wechseln und, wo ihre Stimmen ein Ohr berühren, wird man rühmen:

Wie herrlich klingen durch Berg und Tal
Die Glocken von Bronze, die Glocken von Stahl!
(SCB) Neuenbürg, 4. Mai. In Löffingen gerieten die beiden Schwäger Korbmacher Friedrich Grimm und Küfermeister Gottlieb Streeb aus unbegründeter Ursache in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf Streeb dem nicht am Streit beteiligten Sohn des Grimm einen Messerstich in den Kopf beibrachte. Als Grimm seinem Sohn zu Hilfe eilte, versetzte ihm Streeb einen furchtbaren Messerstich in den Kopf, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Streeb und der Betanlasser des Streits namens Barth wurden an das Amtsgericht eingeliefert. Der Täter macht Notwehr geltend.

(SCB) Enzweihingen, 4. Mai. Das Lastauto des Fahrradhändlers Bauer von Baihingen, das mit 10 Personen besetzt war, wurde beim Ueberfahren der Gleise von der Lokomotive des Sonderzuges von Mühlacker her erfasst und gegen die Einfahrtsweiche gedrückt. Die auf dem Auto stehenden Personen wurden herausgeschleudert und kamen ohne Verletzungen davon. Der Sohn des Friseurs Beathalter von Baihingen konnte nicht mehr abspringen und wurde von dem umklappenden Lastwagen erdrückt, so daß er sofort tot war.

Grundzüge für den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.
Die Ministerkonferenz in Würzburg, die am 28. und 29. April ds. Js. unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hermes stattfand, stellte als das Ergebnis einer eingehenden Aussprache folgende Grundzüge für den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden fest:
1. Der Finanzausgleich muß, soweit die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse es irgend gestatten, der Selbststän-

Auf schiefer Ebene.
Roman von Johannes van Dewall.
„Nun denn“, meinte Siegfried, „wie ein Alligator! — sehen Sie nur, Professor, wie er die Knochen des Schneehuhns zermalmst, man hört es krachen bis hierher.“
„Habe da vorhin auch eine kleine, allerliebste Entdeckung gemacht, im Vorbeigehen.“ nälstele der märkische Baron, nachdem er seine Entrecote hastig verzehrt hatte, mit einem Blicke zu Wahlendorf hinüber.
Alle sahen neugierig auf. Kunkelstein wüßte sich den Mund und Lief sie ein wenig warten, ehe er fortfuhr:
„Ich hatte nämlich mein Dingskrachen, . . . mein Taschentuch vorhin in meinem Paletot stecken lassen bei der Prinzess und verließ Hoheits dünne Stehies heimlich, um mir das Dings zu holen, sintemalen ich es notwendig brauchte. Na, — nun ratet einmal, was ich dabei für eine kostbare Entdeckung machte?“
„Hatte Ihnen etwa jemand heimlich einen Knoten hineingemacht?“ neckte ihn der Kammerherr.
„Nein, durchaus nicht . . . aber etwas ganz anderes, lieber Wahlendorf. Also hören Sie alle zu und sorgen Sie dafür, daß es gehörig unter die Leute kommt . . . Rittmeister, fassen Sie appor! — Des Weges unkundig nämlich, tappte ich einen der vielen finsternen Korridore entlang, vermutend, daß derselbe irgendwie zur Garderobe führte . . . Sah erst hernach, daß ich mich getäuscht hatte . . . Wie ich nun die dicken Läufer unhörbaren Tritts entlang gehe . . . was glauben Sie, daß ich da entdeckte? . . . Fabelhaft, aber auf Ehre, keine Fabel!“
Alle sahen ihn mit Spannung an.
„Hoheit . . . es ist mein vollständiger Ernst! Höre ich da

bigkeit und Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden in höherem Maße Rechnung tragen, als das nach den geltenden Vorschriften der Fall ist. Wenn auch in erster Linie überall auf sparsame Wirtschaft Bedacht zu nehmen ist, so erfordert die überaus starke Steigerung der Ausgaben doch eine weitergehende Berücksichtigung als bisher. Die Lösung der Frage muß sowohl bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben einsehen und zwar

- 1) bei den Einnahmen
 - a) durch Erweiterung der steuerlichen Zuständigkeiten der Länder und Gemeinden,
 - b) durch Erhöhung ihrer Anteile an den Reichssteuern;
 - 2) bei den Ausgaben
 - a) durch Vermeidung reichsgefehlter Maßnahmen, die den Aufgabekreis der Länder und Gemeinden erweitern, ohne gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge zu tragen;
 - b) durch eine Entlastung der Länder und Gemeinden von den Mehrausgaben für die Erhöhung der Beamtengehälter.
2. Im Rahmen ihrer eigenen Steuerwirtschaft sollen die Länder und Gemeinden die Ertragssteuern nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse in vollem Umfang ausschöpfen. Gebilligt werden die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums in Ansehung
1. der Schantzweck- und der Getränkesteuern der Gemeinden,
 2. der Viehsteuer, insbesondere für die Zwecke der Gemeindeverbände,
 3. der Fahrzeugsteuer zur Deckung der Wegeunterhaltungskosten.
- Erwünscht ist ferner die Ueberweisung der Kennwertsteuer mit ihrem vollen Betrage an die Länder.
3. Eine Erhöhung der Anteile an den Reichssteuern ist in mehrfacher Hinsicht anzustreben.
- 1) Auf seinen Anteil an der Grunderwerbssteuer will das Reich in weitgehendem Umfange zugunsten der Länder und Gemeinden verzichten.
 - 2) Der Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist von zwei Drittel auf drei Viertel zu erhöhen.
 - 3) Um die Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer in weiterem Umfange zu beteiligen, ist eine Erhöhung des Steuerfußes von 2 auf 2½ Prozent erforderlich.
 4. Dem Paragr. 52 des Landessteuergesetzes ist eine Fassung zu geben, welche die Verpflichtung des Reiches, bei Zuweisung neuer Aufgaben an die Länder und Gemeinden für Deckung der Kosten zu sorgen, klar zum Ausdruck bringt.
 5. Das Reich gibt aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter Zuschüsse auf Grund von festen Richtlinien, wie es bereits in der Erklärung der Reichsregierung vom 10. November 1921 vorgehien war. Dabei wird vorbehaltlich der näheren Beratung im Reichsrat von folgenden Grundzügen auszugehen sein:
- 1) Bei der Feststellung der Zuschüsse ist auszugehen von der Zahl der Beamten und ihrer Einreihung in die einzelnen Besoldungsgruppen nach Maßgabe des Standes an bestimmten, jährlich wiederkehrenden Stichtagen. Als Stichtag wird erstmalig der 1. April 1922 in Aussicht genommen. Für den Begriff der Beamten und die Berücksichtigung der Ruhegehaltsempfänger, der Hinterbliebenen und der Angestellten gelten die bei den Beratungen im Reichsrat abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung; Beamte und Angestellte der Betriebsverwaltungen scheiden aus. Die Länder teilen die sich hiernach ergebenden Zahlen dem Reich mit. Das Sperrgesetz bleibt unberührt.
 - 2) Der Ausgleichsbetrag, der bei der Bemessung der Zuschüsse zugrunde zu legen ist, ergibt sich aus dem Vergleich der Höhe der von den Ländern und Gemeinden getragenen Beamtensbesoldungen nach dem Stande vor der Besoldungsreform vom 1. Oktober 1921 (Altgehalt) mit dem jeweiligen Stande der Beamtensbesoldungen.
 - 3) Von der nach Maßgabe des Ausgleichsbetrags zu 2 sich ergebenden Kopfquoten sind Abschläge vorzunehmen, die den

plötzlich eine weibliche Stimme aus einem dunklen Winkel heraus piepste. Ich stüzte natürlich und bleibe horchend stehen.
„Aber, schöne Eva, ich bin Ihnen ernstlich böse,“ sagt eine andere Stimme.“
Ein Gemurmel des Erstaunens erhob sich unter den Zuhörern. Kunkelstein fuhr, ohne darauf zu achten, in seinem Vortrage fort, indem er abwechselnd die Stimme der Redenden nachahmte, bald im Falsett, bald im Bass.
„Hoheit!“
„Nun, keine Eva!“
„Hoheit! — Ich bitte.“
„Ich befehle es Dir . . . bei meiner Ungnade!“
Pause.
„Aber ich darf ihn ja gar nicht einmal tragen, Hoheit . . .“
„Wie? . . . nicht tragen?“
„Solch ein kostbarer Ring, — was würden meine Eltern denken . . . und was Sie selbst! . . . Ich nahm ihn nur in der ersten Ueberraschung gestern abend, ich kam auch nur hierher, um Sie zu bitten . . .“
„Eva, Sie machen mich ernstlich böse.“
„Hoheit, ich stehe eine Himmelangst aus!“
Diese Worte stieß der märkische Junfer mit einer so drahtigen Komit heraus und schnitt eine so drollige Grimasse dazu, daß sein ganzes, an und für sich schon sehr gespanntes Auditorium vor Lachen vollständig aufjubelte. Nur der Professor zeigte eine ernste, fast drohende Miene und dem Rittmeister stand der Mund weit offen vor Staunen und Schreck. Erst nach einer ganzen Weile konnte Kunkelstein fortfahren.
„Aber Mädchen, so sei doch vernünftig, es soll ja weiter gar nichts sein, als ein Erinnerungszeichen, und daß Du schweigst, süße Eva!“

Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden aus den Mehreträgen an Einkommensteuer infolge der Besoldungssteigerung Rechnung tragen und für die Länder und Gemeinden einen Anreiz zu Ersparnissen auf dem Gebiete der Beamtensbesoldungen geben.
Mit diesen Beschlüssen bekundete die Versammlung erneut die einmütige Ueberzeugung, daß Reich, Länder und Gemeinden als untrennbares Ganzes sich finanziell eng verbunden fühlen und deshalb in freier Vereinbarung und in Würdigung ihrer gegenseitigen Bedürfnisse den Weg aus der Not der Zeit suchen und finden müssen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.
Der Dollar steht heute auf 288,30 M., der Schweizer Franken auf 56,05 M.

Häuteauktion.
(SCB) Stuttgart, 4. Mai. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Häute- und Fellauktion trat bei Kalbfellen ein Abschlag von 20 Prozent ein. Im einzelnen wurden bezahlt für Ochsenhäute (bis zu 29 Pfund) 45,10 bis 48,40, Kinderhäute 50,15 bis 40 M., Kuhhäute (30—49 Pfd.) 41,10 bis 43,50, Farenhäute (bis 29 Pfd.) 50,50, für Kalbfelle 37—79,95, Trefferfelle 53,05, Hammelfelle 27,55, getrodnet 35,80 M.

Märkte.
(SCB) Ludwigsburg, 3. Mai. Schweinemarkt. Der erste Markt war schwach besahren, der Handel wegen der hohen Preise flau. Ein Läufer Schwein kostete 1400—1600 M ein Milchschwein 700—1150 M.
(SCB) Gerabronn, 4. Mai. Dem Schweinemarkt waren 190 Milchschweine und 2 Läufer Schweine zugeführt, sämtliche verkauft wurden. Das Paar Milchschweine kostete 1600—2250 M, das Stück Läufer Schweine 1600 M.
(SCB) Ulm, 4. Mai. Dem Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 23 Stück Großvieh, 20 Kälber, 28 Schweine. Erlös aus je einem Zeilner Lebendgewicht: Ochsen 1. 2400 M, Bullen 1. 1800—2000 M, Jungrinder 1. 2300—2550, 2. 1900 bis 2150, Kühe 2. 1200—1500, 3. 800—1000, Kälber 1. 2800 bis 2900, 2. 2400—2600, Schweine 1. 2500—2650, 2. 2300—2450 M. Verkauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, bei Kälbern lebhaft.
(SCB) Weutlich, 3. Mai. Fruchtmarkt. Der Schranne waren nur 1186 Kilogramm Brotsfrucht zugeführt, wovon 1000 Kilogramm unverkauft blieben. Roggen 1020—1200 (— 100) Mark, Gerste 1300 (— 130) M. je pro Doppelzentner.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Anschlag kommen. D. Schriftl.

Kirchliche Nachrichten.
Evangelischer Gottesdienst.
Jubiläum, 7. Mai 1922. Vom Turm: Nr. 419.
8 Uhr: Frühgottesdienst: Stadtpfarrer Josenhans.
9½ Uhr: Hauptgottesdienst: Predigt Pfdr. 229 „Halleluja: Wie lieblich stehn . . .“ Stadtpfarrerverwejer Josenhans.
10¼ Uhr: Sonntagsschule.
Donnerstag, 11. Mai 1922: 8 Uhr: Bibelstunde; Stadtpfarrerverwejer Josenhans.
Katholische Gottesdienste.
Sonntag, den 7. Mai: 8 Uhr: Frühmesse, ¼ 10 Uhr: Predigt, Hochamt und Christenlehre, 2 Uhr: Andacht. Dienstag und Freitag: ¼ 8 Uhr abends: Mariandacht.
Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.
Sonntag, den 7. Mai.
Vorm. ¼ 10 Uhr: Predigt, Flöher. 11 Uhr: Sonntagsschule.
Abends 8 Uhr: Predigt, Flöher.
Mittwoch, 8½ Uhr: Bibelstunde, Bögele.
Stammheim. Vorm. ¼ 10 Uhr: Predigt, Hof. Nachm. ¼ 2 Uhr: Predigt, Flöher. Mittwoch, 8½ Uhr: Bibelstunde.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Galm, Druck und Verlag der W. Verlagsbuchhandlung Galm.

„O, ich sage gewiß auch ohnedies zu niemanden etwas.“
„Der Professor wurde ein wenig blaß, während Eysenhardt die Augen beinahe aus dem Kopfe herausstraten.“
„Küßlich!“ rief der Kammerherr gezwungen und sah nicht wenig besorgt herüber.
„Ich glaube es, Eva, . . . Sie sind ein braves Mädchen. Wie hübsch von Ihnen, daß Sie Wort hielten und hierher kamen!“
„Hoheit, — so wahr ich ein ehrliches Frauenzimmer bin, ich tat es nur wegen des Ringes.“
„Abermaliges Gelächter.“
„Stille, meine Herren!“
„Und nur, um ihn mir zurückzugeben, kamst Du? Schäm Dich!“
„Auf mein Wort, Hoheit . . . O, seien Sie mir nicht böse deshalb.“
„Schäm Dich, Mädchen, ich sollte Dir ernstlich zürnen.“
„Hoheit, — ich würde andere betrüben, wenn ich anders handelte, und das kann ich nicht.“
„Jene Hoheit schien das auf die Dauer ein wenig zu verschmüpfen und sie wollte soeben etwas erwidern, als sich leider Tritte nahen und das Pärchen scheu auseinanderstob. — Die Komödie endete so, ohne befriedigenden Schluß.“
„Und wer war es?“ riefen etliche neugierig und schadenfroß.
„Haben Sie sie nicht gesehen?“
„Nein, leider, sie entwischten mir, denn ich gab natürlich Fernjagd. — Aber da sage noch jemand, daß diese Schlüssel keine Geheimnisse bergen!“
„Und jene Eva, . . . haben Sie keine Ahnung?“
„Still!“ bat der Kammerherr mit einem schnellen Blicke auf den Professor, der zur Vorsicht mahnte. (Fortsetzung folgt.)

Freiw. Feuerwehr Calw.

Die Frühjahrsübungen 1922

- finden statt:
1. Kompagnie 8., 15., 20. Mai
 2. " 8., 15., - "
 3. " 8., 15., - "
 4. " 12., 19., - "

Antreten am Spreitzenhaus
Anzug: Gurt, Mütze und Armband.
Hauptübung

mit sämtl. Mannschaften in voller Ausrüstung u. mit Helm
Montag, 22. Mai, abends 6 Uhr mit nachfolg.

Hauptversammlung
im Badischen Hof. Tagesordnung: Neuwahlen.
Unentschuldigtes oder ungenügend entschuldigtes Ausbleiben wird nach § 13 der Satzung bestraft.
Der Verwaltungsrat: S. A. Carl Stüber.

Berein für Homöopathie und Naturheilkunde Calw.

Am kommenden Sonntag, d. 7. Mai nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im "Badischen Hof" (Glasaal) vom Verbands-Vorsitzenden Herrn Wolf aus Stuttgart ein

Vortrag

Es geht über:
Das drohende Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten — eine schwere Gefahr für die persönliche Freiheit.

Anhänger der Homöopathie und Naturheilkunde, erscheint so zahlreich als möglich und bringt Eure Frauen mit Euch sonstige Gäste sind willkommen. Es steht ungeheure Wichtigkeit auf dem Spiel: Die Kurierfreiheit, die persönliche Freiheit und Ehre des einzelnen, das Glück und der Friede der Familie.

Der Ausschuss.

Calw, den 4. Mai 1922.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines Mannes, unseres Vaters

Christian Schmid

Staats-Strassenwärter a. D.

Sagen wir herzlichen Dank. Hauptächlich für die trostreichen Worte des Herrn Dekan, die Kranzniederlegungen der Staatlichen Strassenbauminspektion, des Veteranenvereins Calw und Stammheim sowie d. Kollegenstadt der Strassen-Fuhr- und Schleusenwärter, für die vielen Kranzspenden und die Begleitung zur letzten Ruhestätte sagen herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neueres, im Kochen und häuslichen selbständiges Mädchen oder Frau wird zu baldigem Eintritt bei hohem Lohn gesucht.

Bezirksarbeitsamt Calw

Gesucht zum 1. Juni williges, zuverlässiges Mädchen für Küche und Haushalt.

Carl Herzog, Eisenhandlung

Hausbucche
15-20 Jahre alt, der etwas Gartenarbeit versteht, findet auf 1. Juni Dauerstellung. Erholungsh. Ludwigsburg beim Bahnhof, Bad Liebenzell.

Verkaufe ein Paar Läufer-

Schweine

Eugen Harisch z. Schiff.

Kaffee

in bekannt guter Mischung,

roh und febe Woche frisch gebrannt

empfehlen

C. Serva

Fernsprech-Nr. 120.

Verkaufe sofort 10-12 ältere Bienen-Wohnungen. Wert. waf. Hermann Erlenmaier, Darnsheim b. Böblingen. Lädtiger, selbständiger Schuhmacher für sofort gesucht. Carl Fischer, Schuhgesch., Calw.

K. V.

Die Herren mit ihren Damen werden gebeten, möglichst vollzählig an dem Ausfluge des Mil. u. Beter.-Vereins Calw am Sonntag vorm. n. Neubulach sich zu beteiligen. Abmarsch 7 Uhr vom Marktplatz.

Pfannkuch & Co.

Preiswerte Futter-Artikel:

- Maischrot
- Maisfuttermehl
- Mischfuttermehl
- Kleie
- Mischfutter
- Hühnerfutter
- Hirse geschält und roh
- Viehsatz

Pfannkuch & Co. G. m. b. H.

Leigwaren stets frisch in bekannt guter Qualität empfiehlt Hermann Schnürle, Badener und Leigwarengeschäft.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine (pez. Krampf u. Kollauf, z. Anzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte Hirsch-Universal-Komposition Niedertage in der Neuen Apotheke Calw.

Veteranen- u. Militärverein.

Sonntag Ausflug mit Musik nach Neubulach.

Abmarsch früh 7 1/2 Uhr vom Marktplatz zum Bahnhof. 7⁰⁰ Abfahrt nach Station Leinach. Die Kameraden mit ihren Angehörigen werden zur zahlreichen Beteiligung freundlichst eingeladen. Rückkunft Nachm. 2⁰⁰.

Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.

Sozialdemokratischer Verein Calw

Samstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokal Kirchherr, Vorstadt, die jährliche Generalversammlung statt. Die Mitglieder sind zu zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Versammlung.

Sämtliche Farrenhalter des Oberamtsbezirks Calw

werden auf nächsten Sonntag, nachmittags 1 Uhr in den Gasthof zum "Kehle" in Calw eingeladen.

Der Ausschuss.

Stroh- u. Feldhüte

für Herren, Knaben und Kinder

Feldhüte für Frauen

empfehlen in reicher Auswahl

Wilhelm Schäberle

Hutmacher, neben dem Rathaus

Sehr mäßige Preise durch günstigen Einkauf.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Zur Stockholmgewinnung empfiehlt Spreng-Stoffe und -Kapseln, Zündschnüre Gerhard Paulus, Bad Liebenzell, Fernsprecher 15.

Pfrendorf D.-A. Nagold. Verkauft einen schweren seltenen Schlacht-Farren

Auf 1. Hypothek 50-60000 Mark

anzunehmen gesucht. Angebot unter G. V. 100 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Farrenhalter Renz.

1

Ein Artikel kann noch so bekannt sein, wenn für denselben aber lange Zeit keine Reklame gemacht wurde, so geht der Verkauf dieses Artikels zurück!

Turnverein Calw

Sonntag, den 7. Mai

Gaunwanderung nach Schönbrunn

mit Schauturnen, Turnspielen und Waldkneipen.

Abmarsch von der Turnhalle pünktlich 6 1/2 Uhr früh. Alle unsere Mitglieder werden zur Teilnahme freundlichst eingeladen. Der Turnrat.

Am Freitag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, wird der Geschäftsführer unseres Landesverbandes, Herr Keiner aus Heilbronn, im großen Saale des "Badischen Hof", einen Vortrag halten über

Hauptschuld an unserer Wohnungsnot, Reichsmietengesetz, Mieter-Schutzgesetz und andere den Hausbesitz betreffenden Fragen.

Das Reichsmietengesetz tritt schon am 1. Juli in Kraft und wird die Beziehungen zwischen Hausbesitzer und Mieter weitgehend beeinflussen. Es ist Pflicht unseres Vereins als Vertretung des Hausbesitzes, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, aus berufenem Munde Belehrung über die ihrem Besitz drohenden Gefahren zu erhalten, andererseits ist es Pflicht unserer Mitglieder, ja ein Gebot der Selbsthaltung für diese, zu erscheinen und nicht aus nachlässigen oder nichtigen Gründen diesen wichtigen Vortrag zu veräumen. Wir laden alle Hausbesitzer von Calw und Umgegend ein. Nur mit vereinten Kräften wird es uns gelingen, uns des ungeheuren Druckes der beschriebenen Parieen u. Interessengruppen zu erwehren, der im Reichsmietengesetz seinen ersten Ausdruck gefunden hat und dem in Bälde das Mieter-Schutzgesetz folgen soll.

Hausbesitzer von Calw! Laßt durch euer Erscheinen den Vortrag unseres Verbandsgeschäftsführers zu einer e. n. dringlichen Kundgebung des Hausbesitzes werden! Kommt alle, bringt die uns bisher ferngebliebenen mit und beweist durch euer Interesse den heutigen Gewalthabern und der Masse, daß wir Hausbesitzer nicht gewillt sind, uns länger bedrücken und durch Ausnahmegeetze entziehen zu lassen!

Haus- u. Grundbesitzerverein Calw e. V.

Ottenbronn.

Am Sonntag, den 7. Mai, 1922 hält der

Radsportverein "Vorwärts" Ottenbronn

seine Frühjahrsfeier ab, verbunden mit

Preiskorso und Langsamfahren, Kunstreigen und Raddballspiele.

Aufstellung des Festzuges 12 1/2 Uhr mittags.

Sportsachen u. Ökner sind höchst willkommen.

Der Ausschuss.

NB. Gutbesetzte Blechmusik.

Am Sonntag, den 7. Mai findet im

Gasthaus zur Krone in Möttlingen

große Hundeschau

statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

Vielerlei Hundefreunde.

! Anrufen Sie!

57 Fernsprecher 57

Wenn Ihr Motor nicht läuft
Ihr Licht nicht brennt
Ihr Lüftung nicht in Ordnung ist
Sofortige Bedienung! Billigste Berechnung!

Kurz & Benz G. m. b. H. Calw
Elektrotechnisches Büro, Stuttgarterstr. 393.

Simmozheim. Eine zum 2. Mai 37 Wochen trädige Schaff-Ruh

Stammheim. Eine ältere Mug- u. Schaff-Ruh

setzt dem Verkauf aus Wilhelm Schwämmle, Bäcker.

34 Wochen trädig verkauft Gottlob Fischer.

Nr. 104.

Die bevorstehende fordert einen entsprechenden gebracht werden

Die Beförderung männern hat f. Anlaß gegeben, muß. Es handelt sichlich der Re wenn auch nur über den Burg englisches Nach scheint man zu wenn auch nur Juni erdmäßig mit Recht den reich gewünschte Abkommen wird jeder französische

Die neueste Senfat Besprechungen z. Zu Zusammenh dings verfrühte Reichsfinanzmin sich also wohl problem und in teiche Deutschland

Die A Die der Berlin, 5. Ma blatt" gemeldet: dung zwischen U bringt der "Nat richt. Sauerwein aus unpolitisch g auferordentlich b ausgezeichnete eng Danach brachte U Friedenspakt, den erklärte, aber Rat gewesen. Er habe sehen als lauter land und Ruhland Deutschland. Der Bestätigung der L — Die Ansicht autreffend. Was so darf man ihr n Kenter über

London, 5. Mai, der Annahme, daß Wirth und Rathen Premierminister hat lich der am 31. Ma

Die zwischen Engl Genus 6 Mai. mittag mit L o h d men, bei der eine C mit W r t h und R

Franköff Paris, 5. Mai. artikel über die gestr kanzler Dr. Wirth Frankreich und Bel das Beschrecht, als George ostentativ, de Blatt fragt, ob Stog einschüchtern wolle. in die russisch-deutsch England bieten? A politische Unterstühtu deutschen und britische politische Unterstühtu